

Geschäftsführung:  
Fachdienst Rat und Bürgermeister

## **NIEDERSCHRIFT**

**über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Lüdenscheid**

**am 09.07.2018**

**im Ratssaal**

### **Anwesend:**

#### **Vorsitz des Rates:**

Bürgermeister Dieter Dzewas

#### **von der SPD-Fraktion:**

Ratsherr Rolf Breucker

Ratsherr Güner Cebir

anwesend bis 21:40 Uhr

Ratsherr Gordan Dudas MdL

Ratsherr Jan Eggermann

anwesend bis 20:31 Uhr

Ratsherr Fabian Ferber

anwesend bis 21:35 Uhr

Ratsherr Dirk Franke

Ratsherr Lothar Hellwig

Ratsfrau Karin Hertes

Ratsfrau Evangelia Kasdanastassi

Ratsherr Steffen Kriegel

Ratsfrau Sandra Manß

Ratsherr Bernd Schildknecht

Ratsfrau Nicole Schulte

Ratsherr Philipp Siewert

Ratsfrau Heide-Marie Skorupa

Ratsherr Michael Thielicke

Ratsfrau Barbara Tümsmeyer

Ratsfrau Ramona Ullrich

Ratsherr Jens Voß

Ratsherr Sebastian Wagemeyer

#### **von der CDU-Fraktion:**

Ratsherr Norbert Adam

Ratsfrau Michaela Dötsch

Ratsfrau Ingrid Fischer

Ratsherr Oliver Fröhling

Ratsfrau Dr. Antje Heider

Ratsherr Timothy Kahler

Ratsfrau Susanne Mewes

Ratsherr Michael Meyer

Ratsfrau Ursula Meyer

Ratsherr René Pickard

Ratsfrau Sabine Rigas-Gülde

Ratsfrau Britta Rogalske

Ratsherr Björn Schöttler  
Ratsfrau Elisabeth Siebensohn  
Zweiter Stellvertretender Bürgermeister Björn Weiß

**von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:**

Ratsherr Jürgen Appelt  
Ratsherr Otto Bodenheimer  
Ratsfrau Kirsten Petereit-Fredl  
Ratsfrau Tanja Tschöke

**von der FDP-Fraktion:**

Ratsherr Jens Holzrichter  
Ratsherr Michael Wülfrath

**von der Fraktion DIE LINKE.**

Ratsherr Yasin Kut  
Ratsherr Michael Thomas-Lienkämper

**von der Fraktion Alternative für Lüdenscheid:**

Ratsfrau Monika Oettinghaus  
Ratsherr Peter Oettinghaus

**Ratsmitglieder, die keiner Fraktion angehören:**

Ratsherr Stephan Haase

**Verwaltung:**

Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer  
Dr. Karl Heinz Blasweiler  
Beigeordneter Thomas Ruschin  
Herr Martin Bärwolf  
Herr Matthias Reuver  
Frau Petra Noack  
Herr Sven Haarhaus

Herr Frank Kuschmirtz

Frau Martina Pabst

Herr Martin Walter

Frau Sandra Haarmann

Herr Holger Moeser

Frau Christina Padovano

Frau Kristina Waaga

**Schriftführung:**

Frau Kerstin Marré

anwesend bis einschließlich Tagesordnungs-  
punkt 4 der nicht  
öffentlichen Sitzung  
anwesend bis zum Ende der nicht  
öffentlichen Sitzung  
anwesend bis einschließlich Tagesordnungs-  
punkt 5 der öffentlichen Sitzung  
anwesend bis einschließlich Tagesordnungs-  
punkt 7 der öffentlichen Sitzung  
anwesend bis zum Ende der  
öffentlichen Sitzung  
anwesend bis einschließlich Tagesordnungs-  
punkt 3 der nicht öffentlichen Sitzung  
anwesend bis zum Ende der nicht  
öffentlichen Sitzung  
anwesend bis zum Ende der  
öffentlichen Sitzung

## **Abwesend:**

### **von der SPD-Fraktion:**

Erste Stellvertretende Bürgermeisterin  
Verena Szermerski-Kasperek

### **von der CDU-Fraktion:**

Ratsherr Daniel Kahler

Beginn: 18:10 Uhr  
Ende: 21:45 Uhr

## **1. Öffentliche Fragestunde**

---

### **1.1. Geplante Windkraftanlagen im Stadtteil Leifringhausen**

---

Herr Kniest fragt, ob dem Rat der Stadt Lüdenscheid eine Visualisierung über die Ausmaße der geplanten zwei Windkraftanlagen im Stadtteil Leifringhausen vorliege. Darüber hinaus gebe er zu bedenken, dass der Stadtteil jahrzehntelang die mittlerweile stillgelegte Mülldeponie gehabt habe. Des Weiteren habe der Stadtteil im Westen die Autobahn und im Norden die Raststätte. Auch würden in den nächsten zwei Jahren durch den Netzanbieter Amprion im östlichen Stadtgebiet hohe Strommasten gebaut. Nun seien auch noch die Windkraftanlagen im Süden geplant. Er hätte sich gewünscht, dass die Anwohner der betroffenen Stadtteile, Hellersen, Leifringhausen, Kalve und Brüninghausen, angehört worden wären.

Auch beziehe er sich auf die in der Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung und Umwelt am 04.07.2018 beschlossene Änderung des Landesentwicklungsplans. Bei dieser Änderung seien 1.500 Meter Abstandsfläche für die Bebauung von Windkraftanlagen angegeben. Dieses würde im Widerspruch zu der heute anstehenden Beschlussfassung stehen, da die angesprochenen Stadtteile alle innerhalb dieser Grenze liegen würden. Das Verwaltungsgericht Arnsberg habe aus diesem Grunde auch den Bau von Windkraftanlagen in Neuenrade gestoppt.

Fachbereichsleiter Bärwolf antwortet, dass für die Ausweisung von Vorranggebieten für Windenergieanlagen in den kommunalen Flächennutzungsplänen 1.500 Meter Abstände vorgesehen seien. Wenn aber wie in Lüdenscheid aufgrund der fehlenden Voraussetzungen keine Vorranggebiete ausgewiesen werden können, würde jede einzelne Anlage ein Baugenehmigungsverfahren durch den Märkischen Kreis durchlaufen. In diesem Fall würden die Abstandsflächen von 1.500 Meter nicht gelten, sondern das Immissionsschutzrecht käme zum tragen.

Eine Visualisierung läge der Stadt Lüdenscheid nicht vor. Aufgrund der Höhe der geplanten Anlagen von über 180 Meter wären diese auch aufgrund der topographischen Lage weit sichtbar.

Herr Schulte-Lippert weist unter anderem darauf hin, dass nicht die Optik das Problem sei, sondern der durch die Anlagen entstehende Infraschall. Dieser sei nach neuesten Studien höchstgefährlich und könnte zum Beispiel Herz-Kreislauf-Erkrankungen bis hin zum Herzinfarkt – gerade bei Kindern – sowie zu Konzentrationsmängeln führen.

Er bäte den Rat der Stadt Lüdenscheid um Unterstützung bei den Gesprächen mit dem Märkischen Kreis.

Auch wolle er darauf hinweisen, dass das Haus Hellersen gerade 250 Meter von einer der vorgesehenen Anlagen entfernt sei.

Fachbereichsleiter Bärwolf führt aus, dass der Ausschuss für Stadtplanung und Umwelt in seiner Sitzung am 04.07.2018 den Beschlussvorschlag dahingehend ergänzt habe, beim Kreis anzuregen, dass ein Öffentlichkeitsverfahren durchgeführt würde. Auch wolle er darauf hinweisen, dass der Märkische Kreis die von den Anwohnern angebrachten Bedenken berücksichtigen und prüfen würde. Er rege an, dem Märkischen Kreis im direkten Kontakt die Bedenken vorzutragen.

## **2. Bildung eines Ältestenrates**

---

Gemäß der Hauptsatzung der Stadt Lüdenscheid vom 21.06.2011 in der Fassung der Zweiten Änderung vom 05.04.2017 bildet der Rat für die Zeit der Parlamentsferien einen Ältestenrat, in den auf Vorschlag der Fraktionen gewählt werden:

### SPD:

**für die gesamte Ferienzeit:**

Ratsherr Voß

**Erste Vertretung für die gesamte Ferienzeit:**

Ratsfrau Hertes

**Zweite Vertretung für die gesamte Ferienzeit:**

Ratsfrau Szermerski-Kasperek

### CDU:

**für die 1. Ferienhälfte:**

Ratsherr Fröhling

**Vertretung für die 1. Ferienhälfte:**

Ratsfrau Mewes

**für die 2. Ferienhälfte:**

Ratsfrau Mewes

**Vertretung für die 2. Ferienhälfte:**

Ratsherr Fröhling

### Bündnis 90/

### Die Grünen:

**für die gesamte Ferienzeit:**

Ratsherr Bodenheimer

**Vertretung für die 1. Ferienhälfte:**

Ratsfrau Petereit-Fredl

**Vertretung für die 2. Ferienhälfte:**

Ratsherr Appelt

### DIE LINKE:

**für die 1. bis 4. Ferienwoche:**

Ratsherr Thomas-Lienkämper

**für die 5. und 6. Ferienwoche:**

Ratsherr Kut

**Vertretung für die gesamte Ferienzeit:**

keine

FDP:                    **für die gesamte Ferienzeit:**  
Ratsherr Holzrichter

**Vertretung für die gesamte Ferienzeit:**  
Ratsherr Wülfrath

Alternative für            **keine Benennung**  
Lüdenscheid:

### **3.            Zweite Änderung des Stellenplans 2018** **Vorlage: 137/2018**

---

Fachbereichsleiter Reuver bezieht sich auf die Vorlage 147/2018 „Gebäudeschaden KiTa Lenneteich - Herrichtung eines Ausweichstandortes; hier: Bewilligung von außerplanmäßigen Mitteln Haushaltsjahr 2018“ (Tagesordnungspunkt 26 der heutigen öffentlichen Sitzung).

Dort sei in der Begründung aufgeführt, dass derzeit geprüft werde, inwieweit zur Abwicklung und Begleitung des Umzugsprozesses sowie ggf. für den Zeitraum der Auslagerung zusätzliche Personalkapazitäten im pädagogischen Bereich bereitzustellen seien.

Die zwischenzeitlich stattgefundenen Prüfungen haben ergeben, dass für den Fachdienst Jugendamt-Kindertageseinrichtungen eine zusätzliche Stelle in der Entgeltgruppe S 8 des TVöD für staatlich anerkannter Erzieher für den Zeitraum vom 01.09.2018 bis zum 31.07.2019 beantragt werden müsse.

Er bitte den Rat der Stadt Lüdenscheid, diesem Antrag zuzustimmen.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht.

Anschließend fasst der Rat der Stadt Lüdenscheid einstimmig folgenden

#### **ergänzten Beschluss:**

Die in der Anlage 1 dargestellten Änderungen des Stellenplans 2018 werden einschließlich der zusätzlichen Stelle in der Entgeltgruppe S 8 des TVöD für staatlich anerkannter Erzieher für den Zeitraum vom 01.09.2018 bis zum 31.07.2019 im Fachdienst Jugendamt-Kindertageseinrichtungen beschlossen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:            47

### **4.            Entscheidung über Widersprüche gegen die altersdiskriminierende** **Besoldung** **Vorlage: 087/2018**

---

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

### **Beschluss:**

1. Über die vorliegenden Widersprüche und Anträge gegen die altersdiskriminierende Besoldung wird unter entsprechender Anwendung des Runderlasses des nordrhein-westfälischen Ministeriums der Finanzen vom 13.04.2018 entschieden.
2. Der außerplanmäßigen Bewilligung in Höhe von 79.600 € bei 01.07.02 - 5011500/7011500 - Entschädigung altersdiskriminierende Besoldung - wird zugestimmt. Die Deckung erfolgt durch außerplanmäßige Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen für altersdiskriminierende Besoldung.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 47

### **5. Einstellung von Nachwuchskräften im Jahr 2019 Vorlage: 073/2018**

---

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig nachstehenden

### **Beschluss:**

Zum Ausbildungsbeginn im Jahr 2019 werden vier Ausbildungsverhältnisse für den Beruf der/des Verwaltungsfachangestellten, zwei für den Beruf der/des Fachinformatikers/in, eines für den Beruf der/des Immobilienkauffrau/-mann, eines für den Beruf der/des Fachangestellte/n für Medien- und Informationsdienste und sieben im Beamtenverhältnis auf Widerruf für den gehobenen nichttechnischen Dienst begründet.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 47

### **6. Wahl der Schöffinnen und Schöffen für die Amtsperiode vom 01.01.2019 bis 31.12.2023 Vorlage: 144/2018**

---

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig nachstehenden

### **Beschluss:**

Zur Wahl für das Schöffenamts für die Amtsperiode vom 01.01.2019 bis zum 31.12.2023, werden dem Amtsgericht Lüdenscheid die in der beigefügten Aufstellung genannten Personen vorgeschlagen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 47

### **7. Einvernehmen zum Rettungsdienstbedarfsplan des Märkischen Kreises Vorlage: 124/2018**

---

Ratsfrau Mewes bezieht sich auf den in der Begründung aufgeführten dritten Absatz auf der zweiten Seite der Beschlussvorlage, in dem über die europaweite Ausschreibung berichtet würde.

Sie befürchte, dass bei einer entsprechenden Beschlussfassung, der Rat der Stadt Lüdenscheid einen Freibrief für zukünftige Fälle für europaweite Ausschreibungen erteilen würde. Das bisherige einstimmige Votum des Rates der Stadt Lüdenscheid sei gewesen, die ansässigen Hilfsorganisationen zu berücksichtigen. Ihr sei bewusst, dass hierzu noch keine Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes vorläge.

Beigeordneter Ruschin teilt hierzu unter anderem mit, dass er aufgrund der vorliegenden Beschlussvorlage nicht unbedingt einen Nachteil für die ortsansässigen Hilfsorganisationen sehe. Zunächst sei aber das Urteil des Europäischen Gerichtshofes abzuwarten. Bei einem positiven Ergebnis könne von der Bereichsausnahme Gebrauch gemacht werden.

Ratsherr Fröhling regt an, die folgenden Sätze aus dem 3. Absatz in der Begründung zu streichen:

*Insofern sollen auch diese zusätzlichen Rettungsdienstleistungen ausgeschrieben werden. Da es bei der Thematik der vergaberechtlichen EU-Bereichsausnahme noch keine rechtssicheren Erkenntnisse gibt, soll aufgrund der zu erwartenden Gesamtsumme, die anhand der aktuell gültigen Verträge bei einer Laufzeit von 4 Jahren ca. 200.000,00 € betragen könnte, ein nationales Ausschreibungsverfahren durchgeführt werden.*

Ratsherr Voß teilt mit, dass die SPD-Fraktion die von Ratsfrau Mewes vorgetragene Auffassung teile. Der Streichung in der Begründung könne zugestimmt werden.

Beigeordneter Ruschin führt aus, dass er in der Streichung ebenfalls kein Problem sehe.

Der Rat der Stadt Lüdenscheid beschließt einstimmig, die Streichung der vorgenannten Sätze in der Begründung.

Anschließend fasst der Rat der Stadt Lüdenscheid einstimmig folgenden

#### **Beschluss:**

1. Die Stadt Lüdenscheid erteilt ihr Einvernehmen zum Rettungsdienstbedarfsplan des Märkischen Kreises (Stand: 02.05.2018).
2. Der Rat stimmt der zusätzlichen Mittelbereitstellung in Höhe von 17.000 € bei 02.04.06 – 5238070 „Kostenerstattung für RD N.N.“ zu. Die Verwaltung wird beauftragt, die zusätzlich benötigten Mittel für die folgenden Haushaltsjahre einzuplanen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 47

#### **8. Umbenennung einer Privatstraße in "Ernst-Piepenstock-Straße" Vorlage: 099/2018**

---

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst bei einer Stimmenthaltung des Ratsherrn Ferber folgenden

#### **Beschluss:**

Das private Teilstück der Gustav-Adolf-Straße wird in „Ernst-Piepenstock-Straße“ umbenannt.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 46  
Enthaltungen: 1

#### **9. Verzicht auf die zum 01.01.2019 geplanten Steuererhöhungen hier: zweiter Bericht der Verwaltung Vorlage: 143/2018**

---

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

#### **10. Neufassung der Wettbürosteuersatzung Vorlage: 126/2018**

---

Ratsherr Holzrichter teilt mit, dass die FDP-Fraktion der Beschlussempfehlung nicht zustimmen werde, da durch die monatliche Festsetzung der Wettbürosteuer – wie auch in der Vorlage der Verwaltung dargestellt – ein erhöhter Verwaltungsaufwand entstehen würde. Die geschätzten Einnahmen von 24.000 Euro pro Jahr müssten voraussichtlich schon für das zusätzlich benötigte Personal aufgewendet werden. Die FDP-Fraktion halte diese Steuer für eine Bagatelsteuer, die gegebenenfalls auch zu Verlusten führen würde.

In der sich anschließenden Erörterung sprechen sich die Fraktionen SPD und CDU für die Einführung der Wettbürosteuer aus.

Ratsherr Fröhling weist unter anderem darauf hin, dass die Stadt Lüdenscheid durch die Erhebung dieser Steuer regulierend einwirken könne. Darüber hinaus ginge aus der Vorlage hervor, dass eine Umsetzung mit dem vorhandenen Personal möglich sei.

Ratsherr Voß teilt mit, dass sich die Stadt Lüdenscheid im Haushaltssicherungskonzept befände und daher auf längere Sicht auch Einnahmen von rund 10.000 Euro pro Jahr sinnvoll seien.

Ratsfrau Meyer setzt voraus, dass die Erfassung der Daten durch die IT-Abteilung erfolgen könne.

Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer Dr. Blasweiler weist ausdrücklich noch einmal darauf hin, dass aus der Beschlussvorlage deutlich hervorginge, dass derzeit noch nicht abschließend beurteilt werden könne, inwieweit die zusätzlichen Arbeiten dauerhaft mit dem vorhandenen Personalbestand umsetzbar seien. Ebenfalls sei eine vollständige Abwicklung durch den IT-Bereich nicht möglich.

Sollte sich in der Zukunft die Erhebung der Wettbürosteuer als unwirtschaftlich erweisen, könnten durch Aufhebung der Satzung die entsprechenden Konsequenzen gezogen werden.

Anschließend fasst der Rat der Stadt Lüdenscheid bei zwei Gegenstimmen der FDP-Fraktion und zwei Stimmenthaltungen der Fraktion Die Linke folgenden

### **Beschluss:**

Die als Anlage beigefügte Satzung über die Erhebung der Wettbürosteuer in der Stadt Lüdenscheid für das Vermitteln oder Veranlassen von Pferde- und Sportwetten (Wettbürosteuersatzung) wird beschlossen.



### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 43  
Nein-Stimmen: 2  
Enthaltungen: 2

#### **11. Satzung zur Aufhebung von Satzungen der Stadt Lüdenscheid über das Bestehen des besonderen Vorkaufsrechts gem. § 25 Bundesbaugesetz Vorlage: 140/2018**

---

Unter Bezugnahme auf die Begründung erkundigt sich Ratsherr Voß, um welche Ziele es sich aus dem damaligen städtebaulichen Entwicklungskonzept für den großräumigen Bereich um die Lüdenscheider Innenstadt gehandelt habe.

Fachbereichsleiter Bärwolf teilt mit, dass sich die konkreten Ziele aus den 70er Jahren nicht mehr im Detail ermitteln ließen.

Bürgermeister Dzewas teilt ergänzend mit, dass nach heutiger Rechtsprechung kein Vorkaufsrechts aufgrund der seinerzeit eher allgemein gefassten Ziele mehr durchgesetzt werden könne.

Im Anschluss fasst der Rat der Stadt Lüdenscheid einstimmig folgenden

### **Beschluss:**

Die Aufhebung der Satzungen über das Bestehen des besonderen Vorkaufsrechts wird gem. beigefügter Aufhebungssatzung beschlossen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 46

Ratsfrau Skorupa ist bei der Abstimmung abwesend.

#### **12. Stellungnahme gem. §4 Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) zur Errichtung und zum Betrieb zweier Windenergieanlagen Vorlage: 138/2018**

---

Der Vorsitzende, Zweiter Stellvertretender Bürgermeister Weiß, teilt mit, dass der Ausschuss für Stadtplanung und Umwelt in seiner Sitzung am 04.07.2018 folgende Ergänzung des Beschlussvorschlages empfohlen habe:

**Des Weiteren wird die Verwaltung beauftragt, dem Märkischen Kreis als Genehmigungsbehörde dringend zu empfehlen, ein öffentliches Beteiligungsverfahren durchzuführen.**

Im Anschluss erkundigt sich Ratsherr Voß, wie eine ausreichende Erschließung für die Baumaßnahme gewährleistet würde. Insbesondere interessiere ihn, wie Schwertransporter von der Autobahn kommend bis zum Wald kämen.

Fachbereichsleiter Bärwolf teilt hierzu mit, dass die ausreichende Erschließung i.S. des § 35 BauGB gesichert sei, die Prüfung der konkreten baulichen Erschließung allerdings im Immissionsschutzverfahren durch den Märkischen Kreis erfolge.

Ratsherr Voß teilt daraufhin mit, dass er diese Aussage für unbefriedigend halte und dem Beschlussvorschlag daher nicht zustimmen werde.

Der Vorsitzende, Zweiter Stellvertretender Bürgermeister Weiß, teilt ergänzend mit, dass der vollständige Ausschuss für Stadtplanung und Umwelt das gesamte Verfahren für unbefriedigend halte. Das geltende Recht ließe dieses Vorgehen aber zu.

Abschließend fasst der Rat der Stadt Lüdenscheid mit Stimmenmehrheit nachstehenden

**abweichenden Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Stellungnahme gegenüber dem Märkischen Kreis abzugeben, in der das gemeindliche Einvernehmen gem. § 36 BauGB zu beiden Vorhaben der Firma MK Windkraft erklärt und die in der Begründung enthaltene Beurteilung zu den öffentlichen Belangen wiedergegeben wird.

**Des Weiteren wird die Verwaltung beauftragt, dem Märkischen Kreis als Genehmigungsbehörde dringend zu empfehlen, ein öffentliches Beteiligungsverfahren durchzuführen.**

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 38  
Nein-Stimmen: 9

---

**13. Satzung über die Gebühren des Stadtarchivs der Stadt Lüdenscheid  
Vorlage: 091/2018**

---

**13.1. Satzung über die Gebühren des Stadtarchivs der Stadt Lüdenscheid /  
1. Ergänzung  
Vorlage: 091/2018/1**

---

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig nachstehenden

**Beschluss:**

Die als Anlage 2 beigefügte Satzung über die Gebühren des Stadtarchivs der Stadt Lüdenscheid, sowie die zugehörige Anlage gemäß § 2 Absatz 2 der Satzung über die Gebühren des Stadtarchivs der Stadt Lüdenscheid wird beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 47

---

**14. Neufassung der Satzung zur Bestimmung eines Ausschusses für die Aufgaben nach dem Denkmalschutzgesetz NRW  
Vorlage: 090/2018**

---

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

**Beschluss:**

Die Satzung zur Bestimmung eines Ausschusses nach dem DSchG NRW wird in der Fassung gem. *Anlage 2* beschlossen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 47

**15. Teilhabe-Projekt des Kulturbeirates der Stadt Lüdenscheid  
hier: Kulturdealer  
Vorlage: 145/2018**

---

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

### **Beschluss:**

Die Einrichtungen Stadtbücherei, Geschichtsmuseum, Städtische Galerie, Stadtarchiv, Kulturhaus, Volkshochschule und Musikschule beteiligen sich an dem Projekt des Kulturbeirates KULTURDEALER und treten dabei als Veranstalter auf. Für ihre Veranstaltungen, für die von Interessierten Eintrittskarten erworben werden können, dürfen sie für das KULTURDEALER-Projekt ein Kontingent an Eintrittskarten zur Verfügung stellen. Für entsprechende Veranstaltungen stellen die Einrichtungen je Veranstaltung 10 % der insgesamt verfügbaren Eintrittskarten zur Verfügung, wobei die Anzahl von sechs pro Veranstaltung nicht unterschritten und die Anzahl von zwanzig pro Veranstaltung nicht überschritten wird.

Die genaue Abwicklung ist mit dem Kulturbeirat abzustimmen.

Gegenüber dem Kulturausschuss wird in der ersten Jahreshälfte 2019 Bericht erstattet, wie die Beteiligung der städtischen Einrichtungen an dem KULTURDEALER-Projekt von der Bedarfsguppe angenommen worden ist.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 47

**16. Grundschule N. N., Gemeinschaftsgrundschule der Stadt Lüdenscheid,  
Kalver Straße 65, 58511 Lüdenscheid (ab 01.08.2018), Gustavstraße 35,  
58511 Lüdenscheid (ab 01.08.2019); hier: Namensgebung/Bezeichnung der  
Schule  
Vorlage: 111/2018**

---

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig nachstehenden

### **Beschluss:**

Die Grundschule N. N., Gemeinschaftsgrundschule der Stadt Lüdenscheid, Kalver Straße 65, 58511 Lüdenscheid (ab 01.08.2018), Gustavstraße 35, 58511 Lüdenscheid (ab 01.08.2019), erhält folgende Bezeichnung/folgenden Namen:

**Ab dem 01.08.2018: Grundschule Wefelshohl  
Gemeinschaftsgrundschule der Stadt Lüdenscheid  
Kalver Straße 65  
58511 Lüdenscheid**

**Ab dem 01.08.2019: Grundschule Wefelshohl  
Gemeinschaftsgrundschule der Stadt Lüdenscheid  
Gustavstraße 35  
58511 Lüdenscheid**

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 47

**17. Zweite Satzung zur Änderung der Satzung über die Gebühren der Musikschule und Entgeltordnung für sonstige Leistungen der Musikschule  
Vorlage: 108/2018**

---

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

**Beschluss:**

Die Zweite Satzung zur Änderung der Satzung über die Gebühren der Musikschule und Entgeltordnung für sonstige Leistungen der Musikschule der Stadt Lüdenscheid wird entsprechend dem von der Verwaltung vorgelegtem Entwurf erlassen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 47

**18. Zusätzliche Zuschüsse zu den Betriebskosten von Kindertageseinrichtungen  
Vorlage: 098/2018**

---

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

**Beschluss:**

Dem SOS-Kinderdorf e. V. wird für die Kita „Hüttenberg 5a“ ab dem Zeitpunkt der Betriebsaufnahme ein Sonderzuschuss in Höhe des Trägeranteils an den jährlichen Betriebskosten nach dem Kinderbildungsgesetz NRW (KiBiz NRW) gewährt sowie ein Sonderzuschuss in Höhe der Mietanteils, der die anerkennungsfähige Höchstmiete nach der Durchführungsverordnung (DVO) zum KiBiz NRW übersteigt.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 47

**19. Entgelt für die Mittagessen in städtischen Kindertageseinrichtungen  
Vorlage: 104/2018**

---

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

**Beschluss:**

Das Entgelt für das Mittagessen in städtischen Kindertageseinrichtungen im Kindergartenjahr 2018/19 wird auf 3,68 € pro Portion festgesetzt; dies entspricht einem Monatsbetrag von 69,31 €.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 47

**20. Verlängerung der Leistungsvereinbarung mit dem Verein Spielmäuse e. V.  
Vorlage: 130/2018**

---

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst bei einer Stimmenthaltung des Ratsherrn Schöttler nachstehenden

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, die Leistungsvereinbarung mit dem Verein Spielmäuse e. V. um weitere fünf Jahre (Kindergartenjahre 2019/20 bis 2023/24) zu verlängern und den neu berechneten Zuschussbedarf in die Haushaltsplanungen 2019 ff. einzubringen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 46  
Enthaltungen: 1

**21. Feststellung des Jahresabschlusses und Verwendung des Jahres-  
ergebnisses des Stadtreinigungs-, Transport- und Baubetriebes  
Lüdenscheid für das Jahr 2017  
Vorlage: 119/2018**

---

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

**Beschluss:**

1. Der Jahresabschluss des Stadtreinigungs-, Transport- und Baubetriebes Lüdenscheid zum 31.12.2017 sowie der Lagebericht werden in der vorgelegten Form mit einer Bilanzsumme von 7.647.993,13 Euro und einem Jahresfehlbetrag von 806.777,89 Euro festgestellt.
2. Der Jahresfehlbetrag 2017 des Stadtreinigungs-, Transport- und Baubetriebes Lüdenscheid in Höhe von insgesamt 806.777,89 wird auf neue Rechnung vorgetragen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 47

**22. Entlastung des Werksausschusses für den Stadtreinigungs-, Transport-  
und Baubetrieb Lüdenscheid (STL) für das Jahr 2017  
Vorlage: 127/2018**

---

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig nachstehenden

**Beschluss:**

Den Mitgliedern des Werksausschusses für den Stadtreinigungs-, Transport und Baubetrieb Lüdenscheid wird für das Geschäftsjahr 2017 Entlastung erteilt.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 47

**23. Phänomenta;  
hier: Benennung eines weiteren Vertreters der Stadt Lüdenscheid für den  
Stiftungsrat der Phänomenta  
Vorlage: 133/2018**

---

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

**Beschluss:**

Als zweiter Vertreter der Stadt Lüdenscheid im Stiftungsrat der Phänomenta wird Herr Sven Haarhaus benannt.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 47

**24. Benennung eines Delegierten für die Verbandsversammlung des Ruhrverbandes  
Vorlage: 131/2018**

---

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

**Beschluss:**

Als Direktdelegierter der Stadt Lüdenscheid für den Rest der Amtszeit der 6. Verbandsversammlung des Ruhrverbandes wird Herr Volker Neumann als Nachfolger von Herrn Josef Lorkowski benannt.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 47

**25. Allgemeine Vertretungsliste der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Vorlage: 141/2018**

---

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

**Beschluss:**

Hinsichtlich der Vertretung von ordentlichen Ausschussmitgliedern in Ausschusssitzungen ist vorgesehen, dass alle in der nachstehenden Vertretungsliste aufgeführten Personen, die nicht zu ordentlichen Ausschussmitgliedern gewählt wurden, **in der genannten Reihenfolge** als stellvertretende Ausschussmitglieder tätig werden können, und zwar ausschließlich für ein verhindertes ordentliches Ausschussmitglied.

## **Allgemeine Vertretungsliste Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

### **Ausschuss für Soziales, Senioren und Demografie**

Sachkundige Bürgerin Renate Lazar
Sachkundiger Bürger Jochen Kliebisch
Sachkundiger Bürger Peter-Paul Marienfeld
Sachkundiger Bürger Andreas Stach
Sachkundiger Bürger Hermann Morisse
Ratsherr Jürgen Appelt
Sachkundiger Bürger Eugen Cramer
Ratsfrau Tanja Tschöke
Ratsherr Otto Bodenheimer

### **Ausschuss für Stadtplanung und Umwelt**

Sachkundige Bürgerin Renate Lazar
Sachkundiger Bürger Peter-Paul Marienfeld
Sachkundiger Bürger Hermann Morisse
Ratsfrau Kirsten Petereit-Fredl
Ratsfrau Tanja Tschöke
Sachkundiger Bürger Andreas Stach
Sachkundiger Bürger Matthias Wagner
Ratsherr Otto Bodenheimer
Sachkundiger Bürger Eugen Cramer

### **Bau- und Verkehrsausschuss**

Sachkundiger Bürger Eugen Cramer
Sachkundige Bürgerin Renate Klebeck (FDP)
Sachkundiger Bürger Jochen Kliebisch
Ratsherr Jürgen Appelt
Ratsfrau Kirsten Petereit-Fredl
Sachkundige Bürgerin Renate Lazar
Sachkundiger Bürger Peter-Paul Marienfeld
Sachkundiger Bürger Hermann Morisse
Sachkundiger Bürger Andreas Stach
Ratsfrau Tanja Tschöke
Sachkundiger Bürger Matthias Wagner

### **Hauptausschuss**

Ratsfrau Kirsten Petereit-Fredl
Ratsfrau Tanja Tschöke

### **Integrationsrat**

Ratsherr Otto Bodenheimer
Ratsfrau Kirsten Petereit-Fredl
Ratsfrau Tanja Tschöke

### **Interessenvertretung Menschen mit Behinderungen**

Sachkundiger Bürger Peter-Paul Marienfeld
Ratsfrau Kirsten Petereit-Fredl
Sachkundiger Bürger Andreas Stach
Ratsfrau Tanja Tschöke
Ratsherr Jürgen Appelt
Sachkundiger Bürger Eugen Cramer
Ratsherr Otto Bodenheimer
Sachkundiger Bürger Jochen Kliebisch
Sachkundige Bürgerin Renate Lazar
Sachkundiger Bürger Hermann Morisse

### **Kulturausschuss**

Sachkundige Bürgerin Renate Klebeck (FDP)
Sachkundiger Bürger Peter-Paul Marienfeld
Ratsfrau Kirsten Petereit-Fredl
Sachkundiger Bürger Andreas Stach
Ratsfrau Tanja Tschöke
Ratsherr Jürgen Appelt
Sachkundiger Bürger Eugen Cramer
Ratsherr Otto Bodenheimer
Sachkundiger Bürger Jochen Kliebisch
Sachkundige Bürgerin Renate Lazar

### **Rechnungsprüfungsausschuss**

Ratsherr Otto Bodenheimer
Ratsfrau Kirsten Petereit-Fredl
Ratsfrau Tanja Tschöke

### **Schul- und Sportausschuss**

Ratsherr Otto Bodenheimer
Ratsfrau Tanja Tschöke
Sachkundiger Bürger Matthias Wagner
Sachkundiger Bürger Eugen Cramer
Sachkundiger Bürger Jochen Kliebisch
Sachkundige Bürgerin Renate Lazar
Sachkundiger Bürger Peter-Paul Marienfeld
Sachkundiger Bürger Hermann Morisse
Ratsfrau Kirsten Petereit-Fredl
Ratsherr Jürgen Appelt

### **Werksausschuss STL**

Sachkundiger Bürger Andreas Stach
Ratsfrau Tanja Tschöke
Ratsfrau Kirsten Petereit-Fredl
Ratsherr Otto Bodenheimer
Sachkundiger Bürger Eugen Cramer
Sachkundiger Bürger Hermann Morisse
Ratsherr Jürgen Appelt
Sachkundiger Bürger Matthias Wagner
Sachkundige Bürgerin Renate Lazar



**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 46

Bürgermeister Dzewas hat kein Stimmrecht.

**26. Gebäudeschaden KiTa Lenneteich - Herrichtung eines Ausweichstandortes hier: Bewilligung von außerplanmäßigen Mitteln Haushaltsjahr 2018  
Vorlage: 147/2018**

---

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

**Beschluss:**

Der außerplanmäßigen Bewilligung von Aufwendungen/Auszahlungen in Höhe von 250.000 € bei Produktsachkonto 01.10.06 – 5215238 „Friedenschule KiTa Lenneteich“ wird zugestimmt. Die Deckung erfolgt durch Mehrerträge/Mehreinzahlungen bei 16.01.01 – 4031000 „Vergnügungssteuer“.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 46

Ratsfrau Petereit-Fredl ist bei der Abstimmung abwesend.

**27. Reparatur der elektroakustischen Anlage der Adolf-Reichwein-Gesamtschule hier: Bewilligung von überplanmäßigen Mitteln Haushaltsjahr 2018  
Vorlage: 150/2018**

---

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

**Beschluss:**

Der überplanmäßigen Bewilligung in Höhe von 50.000 € bei den Produktsachkonten 01.10.07 – 5215235/7215235 „Adolf Reichwein Gesamtschule“ wird zugestimmt. Die Deckung erfolgt durch Minderaufwendungen bei 05.03.01 – 5241000/7241000 „Energie, Wasser, Abwasser“.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 46

Ratsfrau Petereit-Fredl ist bei der Abstimmung abwesend.

**28. Dienstreise nach Taganrog, Russland, vom 11.09. - 14.09.2018  
Vorlage: 149/2018**

---

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

### **Beschluss:**

Die Dienstreise für Ratsherrn Oliver Fröhling und Ratsherrn Michael Thielicke sowie Frau Sabine Bodenheimer-Bode vom 11. bis 14 September 2018 nach Taganrog, Russland, wird genehmigt.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 46

Ratsfrau Petereit-Fredl ist bei der Abstimmung abwesend.

### **29. Bewilligung von überplanmäßigen Mitteln Haushaltsjahr 2018 hier: Austausch der "Drängelgitter" im Rahmen der Sanierung einer Bushaltestelle Vorlage: 152/2018**

---

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig nachstehenden

### **Beschluss:**

Der überplanmäßigen Bewilligung in Höhe von 32.000 € bei Auftragssachkonto I 12010408 – 7852000 „Barrierefreie Bushaltestellen“ wird zugestimmt. Die Deckung erfolgt durch Minder- auszahlungen bei H 12010413 – 7852000 „Brücke Schiefe Ahelle“.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 46

Ratsfrau Petereit-Fredl ist bei der Abstimmung abwesend.

### **30. Bekanntgabe von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen HJ 2018 Vorlage: 132/2018**

---

Der Rat nimmt die in dieser Beschlussvorlage aufgeführten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen des Haushaltsjahres 2018 zur Kenntnis.

### **31. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen**

---

#### **31.1. Bekanntgaben**

---

##### **31.1.1. Neues Corporate Design Konzept für die Stadt Lüdenscheid**

---

Bürgermeister Dzewas gibt folgendes bekannt:

Im vergangenen Jahr sei ein neues Corporate Design Konzept für die Stadt Lüdenscheid in Auftrag gegeben worden. In enger Zusammenarbeit mit der städtischen Pressestelle und anderen Fachabteilungen der Stadt Lüdenscheid habe die beauftragte Agentur in den vergangenen Monaten ein Corporate Design Handbuch erstellt, in dem alle Details von der Anwendung des Logos über die Gestaltung der Kopfbögen bis hin zur Darstellung auf Werbemitteln geregelt seien.

Das neue Corporate Design Konzept werde in Kürze per Dienstanweisung in der Verwaltung eingeführt. In diesem Zuge erhielten alle Mitarbeiter das 72-Seiten-starke Corporate Design Handbuch als Pdf-Dokument. Die Umsetzung erfolge dann sukzessive, so dass keine zusätzlichen Druckkosten entstehen würden.

Bei Interesse stelle die Stadtverwaltung den Fraktionen das Corporate Design Handbuch gerne in digitaler Form zur Verfügung.

### **31.1.2. Aufbrüche am Rathausplatz und Sternplatz**

---

Des Weiteren gibt Bürgermeister Dzewas folgende Information des STL zu den Aufbrüchen am Rathausplatz und Sternplatz bekannt.

Die überwiegende Zahl der Aufbrüche sei durch ENERVIE erfolgt, daher habe sich der STL mit eigenen Aufbrüchen an diesen Auftrag angehängt.

ENERVIE habe mitgeteilt, dass die Arbeiten an ein Tiefbauunternehmen vergeben worden seien.

Alle Aufbrüche sollten auf einmal beseitigt werden. Die Ausführung sei für die 35. Kalenderwoche terminiert. Da am „Braunen Haus“ eine Baumaßnahme stattfände, könne in dem Bereich vorher nicht gearbeitet werden. Einige Aufbrüche könnten zwar auch vorher schon beseitigt werden, ENERVIE würde aber von dem Zeitplan nur ungerne abweichen.

### **31.1.3. Presseveröffentlichung zum Kulturhaus**

---

Bürgermeister Dzewas bezieht sich auf eine Presseveröffentlichung zum Kulturhaus in den Lüdenscheider Nachrichten.

In dieser Veröffentlichung würde insbesondere vom Ersten Beigeordneten und Stadtkämmerer Dr. Blasweiler erwartet, dass er das weitere Vorgehen personalrechtlich darlegen solle. Des Weiteren sei in diesem Zusammenhang auch geäußert worden, dass entsprechende Konsequenzen aufgrund des Verhaltens der Kulturhausleitung vom Ersten Beigeordneten und Stadtkämmerer Dr. Blasweiler in der Organisation und disziplinarischer Art hätten erfolgen müssen.

Bürgermeister Dzewas weist darauf hin, dass personalrechtliche Maßnahmen Voraussetzungen erfordern würden. Diese Voraussetzungen seien nicht gegeben. Erforderliche Tatsachen hierfür seien dem Ersten Beigeordneten und Stadtkämmerer Dr. Blasweiler nicht zugegangen. Er stünde daher außerhalb jeder Kritik in diesem Verfahren.

Abschließend bittet Bürgermeister Dzewas in solchen Zusammenhängen um mehr Zurückhaltung.

## **31.2. Beantwortung von Anfragen**

---

### **31.2.1. Beantwortung der Anfrage des Rats Herrn Fröhling; Weitergabe von Informationen aus der nicht öffentlichen Sitzung des Kulturausschusses**

---

Bürgermeister Dzewas verliest auf Wunsch von Rats Herrn Fröhling die Beantwortung zu seiner Anfrage in der öffentlichen Sitzung des Rats am 11.06.2018:

### Anfrage:

- 1) Was haben Sie bereits unternommen beziehungsweise wie gedenken Sie, gegen die offensichtlichen Indiskretionen aus dem nicht öffentlichen Teil der Ausschusssitzung, die der Presse gegeben worden, gegebenenfalls auch juristisch vorzugehen? Die Berichterstattung in der Presse sei sehr einseitig gewesen und der Kreis der Informationsgeber daher überschaubar. Die Berichterstattung mit namentlicher Nennung von Verwaltungsmitarbeitern aus einer nicht öffentlichen Sitzung mit entsprechender Kritik habe aus Sicht der CDU-Fraktion eine neue Dimension erreicht, die so nicht hinnehmbar sei.
- 2) Was unternehmen Sie dagegen, ihren Beigeordneten vor falschen beziehungsweise öffentlich falsch dargestellten Angriffen in diesem Zusammenhang zu schützen?

### Beantwortung:

Zu 1.

In Betracht käme eine Strafanzeige wegen der Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes gemäß § 201 Strafgesetzbuch. Eine Befragung der Presse zum möglichen Täter/in des Geheimnisverrats ist erfolglos, weil diese sich auf das Pressegeheimnis berufen können. Von daher gestaltet sich die Tätersuche ausgesprochen schwierig, da der Personenkreis zwar bekannt aber verhältnismäßig groß war.

Die Verhängung eines Ordnungsgeldes scheidet an den gleichen Überlegungen.

Zu 2.

Es besteht die Möglichkeit, einen presserechtlicher Gegendarstellungsanspruch bei Behauptung von unwahren Tatsachen durchzusetzen. Dieser würde aber den Sinn und Zweck einer nicht öffentlichen Sitzung konterkarieren.

Im Übrigen haben Beigeordnete aufgrund ihrer exponierten Stellung und der damit einhergehenden politischen Verantwortung, die sich auch in der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen niederschlägt, mehr hinzunehmen als ein bloßer Verwaltungsmitarbeiter, der keinerlei politische Verantwortung trägt und nur Weisungsempfänger ist.

#### **31.2.2. Beantwortung der Anfrage des Rats Herrn Ferber; Aufgaben von Beigeordneten**

---

Die Beantwortung der Anfrage des Rats Herrn Ferber in der öffentlichen Sitzung des Rates ist der Niederschrift als Anlage 1 beigefügt.

#### **31.2.3. Beantwortung der Anfrage des Rats Herrn Fröhling; Vermüllung von Schulhöfen**

---

Die Beantwortung zu Punkt 1 der Anfrage des Rats Herrn Fröhling in der öffentlichen Sitzung des Rates ist der Niederschrift als Anlage 2 beigefügt.

### **31.3. Anfragen**

---

#### **31.3.1. Schriftliche Anfrage des Rats Herrn Ferber sowie deren Beantwortung; Wiedergutmachung für zu Unrecht in Kriegsgefangenschaft Geratene**

---

Die Anfrage des Rats Herrn Ferber vom 16.06.2018 sowie deren Beantwortung sind der Niederschrift als Anlage 3 beigelegt.

#### **31.3.2. Schriftliche Anfrage des Rats Herrn Pickard; Kreuzung Parkstraße/ Volmestraße**

---

Die schriftliche Anfrage des Rats Herrn Pickard vom heutigen Tag ist der Niederschrift als Anlage 4 beigelegt.

Bürgermeister Dzewas sagt Prüfung und Beantwortung zu.

#### **31.3.3. Anfrage der Fraktion Alternative für Lüdenscheid; Gerüst an der Kluser Straße 17 - 19**

---

Rats Herr Oettinghaus stellt für die Fraktion Alternative für Lüdenscheid folgende Anfrage:

*An der Kluser Straße 17-19 steht ca. seit einem halben Jahr (oder auch länger) ein Gerüst.*

*Einige Frauen mit Kinderwagen und Senioren /innen mit Rollator haben sich an uns gewandt.*

*Die Kluser Straße ist auf dem Gehweg sehr beengt und eine Ausweichmöglichkeit besteht wegen der parkenden Autos nicht. Einige Planken des Gerüsts sind bereits herabgefallen. Arbeitsprozesse an der Häuserfront finden nicht statt. Unsere Frage lautet: Kann dieses Gerüst bitte überprüft werden und wann wird es entfernt?*

#### **31.3.4. Anfrage der Fraktion Alternative für Lüdenscheid; Lärmbelästigung an Sonntagen durch die Baustelle an der Reckenstraße**

---

Rats Herr Oettinghaus stellt für die Fraktion Alternative für Lüdenscheid folgende Anfrage:

*Wir sind von Bewohnern der Reckenstraße angesprochen worden. Am letzten Sonntag, den 8. Juli 2018 wurde dort nachmittags in einem Höllenlärm gebohrt, gehämmert und laute Musik auf dem Gerüst verbreitet. Die Reckenstraße ist zurzeit durch die bestehende Baustelle wochentags schon sehr lärmbelastet.*

*Unsere Frage lautet: Wer kontrolliert die Einhaltung der Sonntagsruhe? An wen können sich Anwohner am Sonntag wenden?*

gez. D. Dzewas

Vorsitzender

gez. Kerstin Marré

Schriftführer/in